

Amer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Belegpreis: Durch unsere Boten
für ein Jahr monatlich 30.00 Mark.
Bestellungen nehmen die Postämter
und die Fernschreiber der Postämter
an. — Einzelne werblich.
Fernschreiber-Anschluss Nr. 23.
Telegramme: Tageblatt Erzgebirge.

Belegpreis für die Abgabezeitung
Postamt für Anzeigen aus dem
Landesgebiet 3.00 Mark, aus dem
Ferngebiet 3.00 Mark, aus dem
Ferngebiet 3.00 Mark. Bei größeren
Abgaben entsprechende Rabatte.

Nr. 209 Donnerstag, den 7. September 1922 17. Jahrgang

Das Wichtigste vom Tage.

Im Reichstag trat der vom Wohnungsausschuss
eingesetzte Unterausschuss zusammen, um sich
u. a. mit den Fragen des Kleinwohnungsbau
zu beschäftigen. Die Beratungen werden voraussichtlich
10 Tage in Anspruch nehmen und vertraulicher
Natur sein.

Wie dem politischen Berichterstatter des Evening
Standard zufolge verlautet, wird eine interalliierte
Konferenz über die Gesamtfragen der
Reparaturen und interalliierten Schulden
zu einem Zeitpunkt vor dem 1. November vereinbart
werden.

Senator Lucien Dubert hat in der französischen
Kammer eine Interpellation über die
Anwendung einer wirksamen Reparations-
politik im Ruhrgebiet eingebracht.

Der Dollarkurs notierte heute vormittag in Berlin
mit 1810.

Die deutsch-belgischen Verhandlungen.

Günstiger Abschluß der Garantiekonferenz

Die belgischen Delegierten Delecrain und
Wemelmann sind gestern vormittag zu kurzem Besuche
beim Reichsfinanzminister Dr. Hermes gewesen. Um
1/2 12 Uhr begaben sie sich zum Reichskanzler. Die
Unterhaltung mit diesem dauerte etwa eine halbe Stunde
und fand in Gegenwart des Berliner belgischen
Gesandten statt. Dann begaben sich die Delegierten in
Begleitung des Finanzsachverständigen Philippson wieder
zum Reichsfinanzminister Dr. Hermes, wo eine
Besprechung von etwa 1/2 Stunde Dauer in Gegenwart
der Staatssekretäre Bergmann und Schröder stattfand.
Im Verlaufe dieser beiden ersten Zusammenkünfte wurde
die Frage der Ausstellung deutscher Schatzwechsel
an Belgien zunächst einmal in großen Zügen durch-
gesprochen. Von deutscher Seite sind aber hierzu, wie
verlautet, zunächst noch keinerlei Vorschläge unterbreitet
worden. Gestern nachmittag fand eine weitere Sitzung
der Delegierten mit Dr. Hermes und den genannten
Staatssekretären im Reichsfinanzministerium statt.
Der Hoff. Sig. zufolge ist vorauszusehen, daß die
Verhandlungen zu einem befriedigenden Abschluß
führen dürften.

Ein neuer deutscher Vorschlag.

Die Neue Berliner Zeitung will gehört haben, daß
von deutscher Seite ein Vorschlag ausgearbeitet sei,
über den man bisher strenges Stillschweigen bewahrt
habe, da man erst die Wünsche und etwaigen Anregungen
der Belgier hören will. Der deutsche Vorschlag
soll geeignet sein, die Forderungen der Belgier nach einer
Diskontierungsmöglichkeit der Schuldbriefe
zu erfüllen, ohne indessen die Herausgabe der
Goldreserve der Reichsbank, eine Garantieunter-
schrift des Reichspräsidenten oder eine Garan-
tie der D-Banken nötig zu machen.

Deutschland und England als Bürgen.

Vor den amtlichen Besprechungen hatte der Staats-
sekretär Dr. Bergmann, der bekanntlich in London
gewesen ist, eine längere Unterredung mit dem Reichs-
kanzler. Dieser empfing um 12 Uhr den belgischen
Gesandten, dann erschienen die belgischen Delegierten
mit dem ihnen beigegebenen Vizepräsidenten.
Im Anschluß daran folgte eine Besprechung der drei
Herren mit dem Reichsfinanzminister, an der auch die
Staatssekretäre Dr. Bergmann und Dr. Schröder teil-
nahmen. Die eigentlichen Verhandlungen sollen im
Laufe des heutigen Tages beginnen. Vorläufig handelt
es sich um informatorische Besprechungen.
Die positiven Vorschläge werden erst im Laufe
des heutigen Vormittags gemacht werden. Staats-
sekretär Dr. Bergmann dürfte darauf aufmerksam ge-
macht haben, daß es wichtig ist, wenn wir sofort in
Verhandlungen über die Gesamtsumme, die wir 1922 an
Belgien zu zahlen haben, eintreten, d. h. es sollen nicht
bloß die beiden Raten vom 15. August und 15. Sep-
tember besprochen und darüber eine Verständigung her-
beigeführt werden, sondern über die gesamte Schuld, die
wir an Belgien zu entrichten haben. Es steht fest, daß
Deutschland allein nicht in der Lage ist, die Bürgschaft
für die Schatzwechsel zu übernehmen. Von deutscher
Seite wird daher dahin gearbeitet, daß für den ersten
Teil der Raten, die Deutschland zu tragen hätte, das
Reich, für den zweiten Teil England und für
den dritten Teil die Reichsbank die Bürgschaft überneh-

men würde. Außer den Reparationsbesprechungen er-
folgten auch Besprechungen im Vorstände des Reichs-
verbandes der deutschen Industrie. Sie drehten sich
hauptsächlich um den sogenannten Stinnesvertrag. Innerhalb
der Industrie begrüßt man ihn lebhaft. Diese Stellung-
nahme dürfte auch in der Vorstandssitzung zum Ausdruck
genommen sein.

Die Bedeutung des Stinnes-Vertrages.

Staatssekretär Müller über den Stinnes-Vertrag.

Der Leiter des Wiederaufbauministeriums Staats-
sekretär Walter Müller sagte einem Berichterstatter
des B. T., daß der Abschluß des zwischen Stinnes und
dem französischen Zentralverband der Aufbauorganisa-
tionen geschlossenen Privatvertrags entschieden zu be-
grüßen sei. Der Vertrag werde auch zur politischen
Entgiftung der Beziehungen zwischen
Deutschland und Frankreich beitragen. Auch
die Reichsregierung könne den Vertrag im allgemeinen
nur günstig beurteilen, liege es doch in der Linie des
von jeder von der deutschen Regierung betriebenen Er-
füllungspolitik und sei dazu geeignet, die Wunden
am Körper Europas zu heilen, wie Raiffeaux ein-
mal gesagt hat. Der Vertrag bedürfe insofern der Zu-
stimmung der deutschen Regierung, als diese feststellen
muß, ob das Abkommen den Bestimmungen des Wies-
badener, des Wemelmans und des Gillel-Vertrages ent-
spricht. Eine besondere Frage, die sich aus dem Stin-
nesvertrag ergebe, sei die Freigabe eines be-
stimmten Prozentsatzes von Kohlen zur Ver-
stärkung der Lieferungen der Kohlenmengen, die Deutsch-
land monatlich an Frankreich zu liefern habe. Hier
werde es noch besondere Verhandlungen bedürfen, da
vorher noch gewisse Schwierigkeiten beseitigt werden
müßten. Was die Beziehung der an die französi-
schen Wiederaufbauorganisationen gelieferten Waren be-
trifft, so gehe sie nicht etwa in der Weise vor sich, wie
sie sich vielleicht der Rede vorstellten könnte, nämlich,
daß etwa der entsprechende Geldbetrag von Frankreich so-
gleich auf den Tisch gelegt werde; der Betrag für
die Lieferungen werde vielmehr von der
deutschen Regierung an die deutschen Liefe-
ranten nach Eingang der französischen Rech-
nungen in Papiermark bezahlt. Diese Sum-
men werden dann der deutschen Regierung auf das Re-
parationskonto gutgeschrieben. Es ist anzunehmen,
schloß Staatssekretär Müller, daß sich der ausländische
Ausfuhr, der morgen zusammentritt, auch mit dem
Stinnes-Abkommen beschäftigen wird. Einer Zusam-
menkunft des Reichstages oder einer sonstigen parlamenta-
rischen Körperschaft bedarf diese Vereinbarung nicht, da
sie ja ein Privatvertrag ist.

In Regierungskreisen

findet man es unverständlich, daß die sozial-
demokratische Presse, die früher selbst den Aus-
bau der Sachlieferungen, der zum Wiederaufbau der zer-
störten Gebiete Frankreichs notwendig ist, gewollt hat,
gegen den Stinnesvertrag Sturm läßt. Man sagt
dabei es nicht von weltanschaulicher Außenpolitik zeugt,
wenn aus rein innenpolitischen Gründen das immerhin
wichtige erste Dokument, das eine praktische Mitarbeit
der deutschen Industrie am Wiederaufbau ermöglicht,
bekämpft werde, weil naturgemäß der Unternehmer sich
einen Gewinn gesichert hat. Da auch die Arbeiterschaft
an der Inaktualität der deutschen Industrie in großem
Maße interessiert ist, so müsse nach Ansicht nicht nur
der industriellen, sondern auch der rein wirtschaftlich
denkenden Kreise geprüft werden, wann der deutschen
Industrie auf diesem Wege die Möglichkeit neuer Arbeit
und zu Gewinn für die Volkswirtschaft gegeben werde.

Eine Rede Kahrs.

Zurück zur ethischen Weltanschauung. — Stabilisierung der Mark.

Regierungspräsident von Kahr hielt bei der Kreis-
versammlung des landwirtschaftlichen Vereins von Ober-
bayern eine Rede über die wirtschaftliche Lage des deut-
schen Volkes, in der er ausgehend von der letzten ge-
waltigen Teuerungswelle einen Vergleich zog
mit der Entwicklung Oesterreichs und sagte er sehe
nichts, was uns mit dem österreichischen Schicksal ver-
eint und eine ähnliche Entwicklung der wirtschaftlichen
Lage gewährleisten, er sehe aber manches, was uns ein
noch schrecklicheres Ende erwarten lasse. Unsere
Wirtschaft habe die Tendenz, uns abwärts statt in die
Höhe zu ziehen. Daher dürfe die Wirtschaft nicht unser
Schicksal uns vorschreiben, wir müssen zurück zu der
nationalökonomischen Auffassung des Prof. Walter

sei unser Schicksal. Das könne aber nur geschehen durch
Abkehr von der mechanischen Weltanschauung und Rück-
kehr zur ethischen Weltanschauung. Auf un-
sere Lage angewendet, heiße das, es gebe kein Natur-
gesetz, daß mit jedem Steigen des Dollars die Preise
für alle unsere Waren steigen und die Löhne ebenfalls.
Wenn wir uns in letzter Stunde vor dem Abgrund retten
wollen, müssen wir unsere Mark stabilisieren und
keine höheren Preise nehmen; aber auch keine höheren
Produktionskosten mehr. Dies müsse unsere Lösung sein.
Niemand brauche dabei zu Schaden zu kommen. Ob das
für ein Gesetz notwendig sei, wage er nicht zu entschei-
den. Es würde schließlich allein auch nicht genügen.
Notwendig aber sei ein starker geschlossener Wille des
Volkes.

Der Völkerbund und Deutschland.

Lord Robert Cecil's Besorgnisse für Deutschland.

In seiner gestrigen großen politischen Rede berührte
Lord Robert Cecil u. a. eine Anzahl Deutschland be-
treffende Fragen, so die oberitalienische Frage,
die Saar- und die Danziger Frage, sowie den
deutschen Markkurs. Er sprach seine Bewunderung über
den Abschluß des deutsch-polnischen Abkom-
mens unter der Leitung Calonders aus, ging auf die
Verhältnisse im Saargebiet ein und erklärte, daß an der
Neubestätigung Dr. Sectors im saarländischen
Gebiet scharfe Kritik geübt würde. Dies erregte all-
gemeines Aufsehen. Endlich regte er an, daß zur
Behandlung der besonders schwierigen Danziger Frage ein
besonderer Ausschuss eingesetzt werden möge. Im weite-
ren Verlauf der Rede ging er auf die schwere wirt-
schaftliche Krise ein, die gegenwärtig die Welt,
vor allem Deutschland erschüttere, und wies auf den
Gründ der durch den Markkurs geschaffenen Lage
hin, die nach Ansicht unterrichteter Leute dazu führen
könne, daß Deutschland in einigen Monaten dort sei,
wo heute sich Oesterreich befindet. Dazu komme die
überaus verwickelte Reparationsfrage. Er könne
aber keine bestimmte Lösung vorschlagen. Er forderte die
Versammlung auf, alle diese Fragen, die das öffentliche
Leben beizessen, mit äußerster Aufmerksamkeit zu be-
folgen.

Der zerbrochene Frieden von Sevres.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

In Sevres, der Werkstatt des feinen französischen
Porzellans, hatten die vier Weltmächte gleichwie in Ver-
sailles und in St. Germain einen Friedensvertrag
konstruiert. Ihre Gewalttätigkeit und ihre profunde
Unkenntnis in ethnographischer Hinsicht ließ sie für po-
litische Feilarbeiten am wertvollsten gehalten.
Die Kriegsergebnisse in Kleinasien haben jetzt
den Frieden von Sevres zerbrochen. Eigentlich ist
er ja nie richtig zustande gekommen. Denn die Türken
zogen sich einfach in das Innere von Kleinasien zurück.
Den Sultan mit seiner Herrlichkeit ließ man in Kon-
stantinopel ein dekoratives Schattenfasseln weiterfahren.
Die politische Gewalt in der West-Türkei ging auf den
verwegenen Kemal Pascha über. Dieser berief eine
Nationalversammlung nach Angora, und gestützt auf de-
ren Beschlüsse, lehnte er nach langwierigen Verhandlungen
den Ratifizierung des Friedens ab. Gleichwohl ver-
stand er es, die Entente zu trennen. Die imperialisti-
sche Gier der Franzosen nach neuen Eroberungen wußte
er in der geschicktesten Weise politisch zu benutzen. Er
machte ihnen Sonderverträge in Kleinasien und ins-
besonders der Bagdadbahn. Frankreich ließ sich sogar
bereitsfinden, einen besonderen Vertrag mit den Angora-
türken abzuschließen. In England erregte dieser Son-
dervertrag Staunen und Entrüstung. Die Engländer
haben im Laufe der Zeit sich hinter die Griechen ge-
steckt, und schließlich lagen die Dinge so, daß der grie-
chisch-türkische Krieg als ein Kampf der Entente unter-
einander angesehen werden konnte, wobei nur beide
Teile sich damit begnügten, wohl keine Wälder für ihre
Pariser und Londoner Hintermänner bluten zu lassen.
Jetzt scheint der Krieg entschieden zu sein. Auf
ihrem ureigenen Territorium hat die Türkei eine Kraft
entfaltet, die an ihre besten Ueberlieferungen erinnert.
Wie einst Osman Pascha am Schipka-Paß der Welt be-
wies, daß der kranke Mann noch eine sehr widerstands-
fähige Konstitution hat, so zeigen auch jetzt die türkischen
Siege in Kleinasien, daß die Kraft der Türkei durch
den Weltkrieg keinesfalls gebrochen ist. Sie haben nach
einem für sie nun doch sieben Jahre währenden Kriege
die Schlüssel der griechischen Bezirke gestürmt und
im raschen Vormarsch sind sie, die Gelassen vor sich
Kriegsband, bis an die Küste Kleinasien gelangt. Die